



Rede
des Ministers für Bundesrat, Europa und
internationale Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg
Peter Friedrich

Internationale Konferenz
„Grenzüberschreitende kommunale Daseinsvorsorge in
den Grenzregionen mit deutscher Beteiligung –
Rechtliche und kulturelle Möglichkeiten und Hemmnisse“

am 1. Juli 2015
in der Vertretung des Landes
Baden-Württemberg beim Bund in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort.

1. Begrüßung und Einführung

Anrede,

ich freue mich sehr, dass ich heute den zweiten Konferenztag hier in unserer Landesvertretung mit einem Impulsvortrag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Baden-Württembergs eröffnen darf.

Bereits zum dritten Mal findet gestern und heute diese internationale Konferenz zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit deutscher Beteiligung statt. Dies zeigt die weiterhin immense Bedeutung der Grenzregionen Europas und die Überwindung der Grenzen – selbst 30 Jahre nach Unterzeichnung des ersten Schengener Abkommens.

2. Europa und Grenzen

Die Krise der letzten Jahre hat die Unzulänglichkeiten unserer europäischen Gemeinschaft schonungslos offenbart. Wir haben in Europa anstrengende und teils auch bittere Jahre hinter uns. Vielerorts fehlt der Glaube an die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der EU. Dennoch verkörpert für mich kaum etwas so sehr die Errungenschaften der europäischen Einigung wie die offenen Grenzen.

Ich glaube für alle, die in einer Grenzregion aufgewachsen sind, war die Erfahrung mit dieser Grenze prägend. Auch ich komme aus einer Grenzregion und bin davon überzeugt: diese Erfahrung hat uns zu so etwas wie Instinkteuropäern gemacht. Weil wir immer gespürt haben, dass diese Grenzen etwas trennen, was eigentlich zusammen gehört.

Das Projekt Europa kann nur Erfolg haben, wenn es von seinen Bürgerinnen und Bürgern gelebt wird. Und dieses Miteinander beginnt unmittelbar vor unserer Haustür, an unseren unsichtbaren und manchmal doch noch ganz ehrfahrbaren Grenzen. Viele Bürgerinnen und Bürger in den Grenzgebieten spüren die trennende Wirkung von Grenzen noch immer. Sie erschwert ihr alltägliches Leben etwa als Konsument, Unternehmer, Arbeitssuchender oder Grenzgänger.

30 Jahre nachdem wir mit dem Schengener Abkommen unsere europäischen Binnengrenzen geöffnet und 25 Jahre nachdem wir unsere innerdeutschen Mauern eingerissen haben, müssen wir daher noch immer daran arbeiten, physisch unsichtbare Grenzen zu überwinden.

3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit BW

Meine Damen und Herren,

für mich ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor Ort in unseren Regionen das zentrale Instrument für das Zusammenwachsen Europas und für das Überwinden noch bestehender Grenzen in den Köpfen und Verwaltungen.

Diese Aufgabe nehmen wir in Baden-Württemberg sehr ernst. Für uns als Land stellt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eines der wichtigsten Handlungsfelder im Rahmen unserer europapolitischen Aktivitäten dar.

Frankreich

So hat Baden-Württemberg etwa durch die unmittelbare Nachbarschaft und die 184 km lange gemeinsame Grenze seit jeher ein besonders enges Verhältnis zu Frankreich.

Jahrhundertlang haben Staaten und Mächte in und um diese Grenzregion Krieg geführt. Gleichzeitig gingen von Baden-Württemberg und dem Elsass aber auch immer wieder wichtige Impulse für die deutsch-französische Freundschaft aus.

Langjährige **interregionale** Beziehungen über die deutsch-französische Grenze hinweg pflegen wir zum Beispiel zur Region Rhône-Alpes, mit der uns seit 1988 eine gewachsene Partnerschaft im Rahmen des Netzwerkes Vier Motoren für Europa verbindet.

Unsere Modellregion für die **grenzüberschreitende** Zusammenarbeit ist zudem der Oberrhein. An der deutsch-französischen Grenze zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass leben und arbeiten die Menschen nicht nur neben-, sondern miteinander. Hier begegnen sich die Menschen beider Länder im Alltag, die Idee des vereinten Europas wird hier ganz konkret.

Die deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz (ORK) bildet seit 1991 den institutionellen Rahmen dieser grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit im Oberrheingebiet. Die ORK ist seit vielen Jahren zentrales Handlungsfeld des grenzüberschreitenden Engagements von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Elsass und den Schweizer Grenzkantonen.

Zu Beginn des Jahres hat das Regierungspräsidium Karlsruhe für das Land Baden-Württemberg die Präsidentschaft in der Oberrheinkonferenz

übernommen. Die Schwerpunkte der
Präsidentschaft liegen auf den Themen
grenzüberschreitende berufliche Bildung und
Verkehr.

2010 haben wir zudem die Trinationale
Metropolregion Oberrhein (TMO) gegründet.
Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und
Zivilgesellschaft verfolgen hier das Ziel, den
Oberrhein durch eine intensive Zusammenarbeit als
europäische Region weiter zu stärken und sichtbar
zu machen. Mittlerweile gilt die TMO gilt als eine der
dynamischsten und innovativsten
Kooperationsregionen Europas.

Und ich denke, die **Ergebnisse** unserer „kleinen
Außenpolitik“ am Oberrhein und der langjährigen
Zusammenarbeit mit Frankreich und dem Elsass
können sich durchaus sehen lassen:

Wer hätte vor 50 Jahren gedacht, dass wir eines
Tages ein gemeinsames Konzept für die kleinsten
und jüngsten Mitbürgerinnen und Mitbürger
ausarbeiten werden, damit sie grenzüberschreitend
gemeinsam aufwachsen und sich von klein an als
Freunde begegnen können?

Im April vergangenen Jahres durfte ich die erste **deutsch-französische Kindertagesstätte** einweihen. Ein Leuchtturmprojekt von großer Symbolkraft und meines Erachtens wegweisend in der grenzüberschreitenden Kooperation: Hier wachsen deutsche und französische Kinder als Freunde auf, sie lernen die Sprache des Nachbarn spielerisch und werden mit den Festen und Traditionen der anderen Kultur vertraut.

Wenn wir es also ernst meinen mit einer weitreichenden Mobilität in den Grenzräumen, dann ist eine frühzeitige Investition in die Sprachkompetenz und das interkulturelle Verstehen entscheidend dafür.

Einen weiteren zentralen Beitrag hierzu leistet das Land BW im Bereich der schulischen Bildung: So wird an Grundschulen an der Rheinschiene bereits ab der 1. Klasse Französisch erlernt. Und wir unterstützen auch nach besten Kräften den **französischen Spracherwerb** an den weiterführenden Schulen. Französisch ist dort als zweite moderne Fremdsprache fest verankert. Etwa jeder dritte Schüler in Baden-Württemberg lernt die französische Sprache.

Ein weiteres Beispiel ist das Thema **berufliche Bildung**. Ganz Europa beschäftigt sich aktuell massiv mit der Frage, wie wir Jugendlichen eine bessere berufliche Zukunftsperspektive bieten und gleichzeitig dem immer stärker werdenden Fachkräftemangel entgegen wirken können.

Dazu haben wir im September 2013 mit insgesamt 28 Partnern aus dem Elsass, aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eine **Rahmenvereinbarung** über die grenzüberschreitende Berufsausbildung abgeschlossen. Auszubildenden aus dem Oberrheingebiet eröffnet sich damit die Möglichkeit, den theoretischen Teil ihrer dualen Ausbildung im Heimatland und damit auch in der Muttersprache, und den praktischen Teil im Nachbarland zu absolvieren. Unterstützt wird die Rahmenvereinbarung ab Ende dieses Jahres durch ein Interreg-Projekt zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung, das wir derzeit gemeinsam mit dem Elsass erarbeiten.

Nennenswert ist zudem unser Engagement im Wissenschaftsbereich. 2011 haben die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie die Region Elsass die **Wissenschaftsoffensive** am Oberrhein ins Leben gerufen. Sie ist ein europaweit

einzigartiges, gemeinsames Instrument zur gezielten Förderung exzellenter, grenzüberschreitender Forschungsvorhaben. Im Rahmen der Wissenschaftsoffensive I wurden aus Mitteln der Länder BW und RLP, der Région Alsace und der EU (INTERREG) in den vergangenen Jahren sieben grenzüberschreitende Forschungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 10 Mio. € finanziert. Ende des Jahres soll die Wissenschaftsoffensive II starten.

Meine Damen und Herren,

die Beispiele, die ich Ihnen noch nennen könnte, sind nahezu endlos. Ich denke dabei spontan etwa an die Einrichtung der ersten grenzüberschreitenden, **deutsch-französischen Arbeitsagentur**, die 2013 in Kehl ihre Türen öffnete, an den Einsatz der neuen Mobilien Übungsanlage Binnengewässer auf dem Oberrhein, an die Einrichtung einer grenzüberschreitenden Geodateninfoportals für den Oberrhein oder an den Beginn der Bauarbeiten für die **Tramlinie zwischen Kehl und Straßburg** im vergangenen Jahr.

Zahlreiche weitere Beispiele werden Sie im Laufe des heutigen Tages erörtern. Lassen Sie mich jedoch noch zu einer weiteren Grenzregion kommen, in der sich das Land Baden-Württemberg

im Rahmen seiner grenzüberschreitenden Zusammenarbeit engagiert: den Bodenseeraum.

Bodensee

Der Bodensee ist seit jeher ein Raum des gelebten grenzüberschreitenden Austauschs und zugleich ein Raum, in dem die Grenzen buchstäblich verschwimmen.

Der Bodenseeraum hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer prosperierenden Wirtschafts- und Wissenschaftsregion entwickelt. Man kann ohne zu übertreiben sagen, dass der Bodensee zur Musterregion für Innovation und High-Tech geworden ist. Das Bruttoinlandsprodukt liegt bei 53.000 Euro pro Kopf – das gehört im europäischen Vergleich zu den Spitzenplätzen.

Aber der Bodensee ist nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Stärke, sondern auch wegen des gelebten grenzüberschreitenden Austauschs eine Modellregion für ganz Europa. Durch bilaterale Kontakte sowie durch die erfolgreiche Arbeit der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) und anderer Initiativen ist dieses grenzüberschreitende Bewusstsein weiter gewachsen.

Baden-Württemberg hat in der Internationalen Bodensee-Konferenz in diesem Jahr den Vorsitz inne. Die IBK, als kooperativer Zusammenschluss aller unmittelbaren und mittelbaren Bodenseeanrainer, leistet dabei einen nachhaltigen Beitrag zur Überwindung der Grenzen in der Region. Sie hat sich zum Ziel gesetzt die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern und die regionale Zusammengehörigkeit zu stärken.

Lassen Sie mich auch hier einige **gute Beispiele** für die erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit nennen:

Da wäre etwa die **Internationale Bodensee-Hochschule**. In diesem Wissenschaftsverband haben sich inzwischen 30 Hochschulen und Universitäten zusammengeschlossen. Damit ist die Internationale Bodensee-Hochschule der größte hochschulartenübergreifende Hochschulverbund Europas. Ihre Mitglieder haben es sich zur Aufgabe gemacht, rund um den See den Wissens- und Technologietransfer sowie die Mobilität der Lehrenden und Studierenden zu befördern.

Oder das von der IBK geförderte Projekt „**X-change**“, das einen grenzüberschreitenden Lehrlings-Austausch eingerichtet hat und nun im Rahmen von Erasmus-Plus fortgeführt wird.

Nicht ungenannt lassen will ich auch die **Vereinigung der „Bodensee-Industrie- und Handelskammern“**, in der sich sechs Wirtschaftskammern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammengeschlossen haben und nun gemeinsam diesen Wirtschaftsraum fördern.

Diese Beispiele stehen stellvertretend für viele andere und zeigen, dass die intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Bodensee Früchte trägt.

Eine Scheuklappen-Mentalität gibt es hier nicht, dafür sind die Volkswirtschaften rund um den See viel zu eng miteinander verbunden. Die Menschen hier haben verinnerlicht, dass sie zwar auf verschiedenen Seiten der Grenzen leben und arbeiten, aber doch mit denselben Chancen und Schwierigkeiten konfrontiert sind.

Deshalb kooperieren hier Kantone und Kommunen, Länder und Landkreise freiwillig und ohne Zwang.

Schließlich wissen die Akteure vor Ort am besten, wie sie den grenzüberschreitenden Austausch zum Wohle aller gestalten müssen. Denn auch wenn das Projekt Europa maßgeblich in Brüssel geplant wird, so wird es doch erst durch die Menschen mit Leben gefüllt.

Schweiz

Einer der wichtigsten Partner der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Bodensee ist für Baden-Württemberg die Schweiz.

Mit unserem Nachbarn südlich von Bodensee und Hochrhein verbinden uns eine rund 400 km lange Grenze – eine EU-Außengrenze –, die Sprache sowie die gemeinsame alemannische Kultur.

Die Verflechtung und Zusammenarbeit mit der Schweiz sind in zahlreichen Bereichen sehr eng.

Wie auch Baden-Württemberg, hat die Schweiz traditionell ein hohes umweltpolitisches Profil und sie verbindet mit uns das Ziel des Ausstiegs aus der Kernenergie.

Die Schweiz sucht auch die Anbindung an den Energiebinnenmarkt der 28 EU-Mitgliedstaaten. Neben ihrer Bedeutung als wichtiges Transitland könnte der Schweiz damit auch eine Rolle als „Batterie“ im Kontext der europäischen Energiewende zukommen. Es gibt deshalb bereits eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umwelt- und Energiebereich zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz, beispielsweise im Energienetzwerk TRION, das ursprünglich auf einem INTERREG-Projekt basierte, seit diesem Jahr jedoch als Verein in die Eigenständigkeit überführt werden konnte.

Enge Verflechtungen zur Schweiz bestehen auch im Bereich der Wirtschaft: Die Schweiz ist – nach den USA und Frankreich – das drittwichtigste Zielland für Exporte aus Baden-Württemberg; bei den Importen ins Land liegt sie sogar auf Platz 1. Schweizer Unternehmen gründen gerne in Baden-Württemberg, wegen des niedrigeren Lohnniveaus und weil der Marktzugang in die EU durch Wegfall von Zoll und Währungsrisiken erleichtert wird.

Als wirtschaftsstarke Nachbarn sind wir den gleichen gesellschaftlichen Trends ausgesetzt: Wir alle verzeichnen nicht nur einen steigenden Fachkräftemangel, sondern müssen uns auch auf

immer älter werdende Gesellschaften einstellen. Wir sitzen rund um den Bodensee also buchstäblich alle in einem Boot.

Unsere Arbeitsmärkte sind eng verflochten: Rund 55.000 deutsche Grenzgänger pendeln zum Arbeiten in die Schweiz, die meisten von Baden-Württemberg aus.

Vielerorts wird der Fachkräftemangel in den Anrainerländern dadurch abgefedert, dass Grenzgänger dort ihrer Arbeit nachgehen. Etwa im Gesundheitsbereich, wo sehr viele Deutsche als Ärzte oder als Pflegepersonal in der Schweiz arbeiten.

Das könnte sich künftig allerdings dramatisch ändern, wenn die Schweizer Regierung das Ergebnis der sogenannten **„Masseneinwanderungsinitiative“** umsetzen und damit auch die von der EU garantierte Personenfreizügigkeit einschränken muss. Davon wären insbesondere Grenzgänger betroffen – auch wenn sie keine Zuwanderer sind!

Als überzeugter Europäer und Verfechter der Personenfreizügigkeit sehe ich diese Entwicklung

mit Sorge. Gerade auch weil sie mit dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt ein Charakteristikum und einen Standortvorteil der Bodenseeregion empfindlich einzudämmen droht. Denn grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Personenfreizügigkeit sind kein Selbstzweck. Sie kommen den Menschen auf beiden Seiten der Grenzen zugute und stärken die Wirtschaft.

Doch auch wenn es uns nicht gefällt, müssen wir das Votum der Schweizer Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich respektieren. Schließlich sind solche Entscheidungen Teil der direkten Demokratie.

Nichtsdestotrotz, meine Damen und Herren, bietet die Zusammenarbeit der beiden benachbarten Hochtechnologieländer Schweiz und Baden-Württemberg in einem zunehmend globalisierten Umfeld erhebliche Perspektiven. Für die Landesregierung ist deshalb die Zusammenarbeit mit der Schweiz ein zentrales Element unserer Nachbarschaftspolitik. Das Verhältnis ist von einem engen und regelmäßigen Austausch auf Regierungs- und Verwaltungsebene geprägt.

Vor diesem Hintergrund wollen wir als Landesregierung bis zum Ende des Jahres die einzelnen Themen und Aktivitäten mit Bezug zur **Schweiz in eine Gesamtstrategie** einbinden.

Diese Strategie soll eine Bestandsaufnahme der bisherigen Aktivitäten und einen Ausblick auf die künftige Ausrichtung und die geplanten Vorhaben der Landesregierung in ihren Beziehungen zur Schweiz umfassen. Dabei soll es um Themen wie Wirtschaft, Innovation, Wissenschaft, Verkehr, Energie und vieles mehr gehen. Auch die Zusammenarbeit in europäischen Angelegenheiten wird im Fokus stehen. Die Eckpunkte der Strategie wollen wir auch mit der Bundesregierung und anderen Grenzregionen der EU-Mitgliedstaaten abstimmen.

4. INTERREG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sehen: Als guter Nachbar und Netzwerker nehmen wir unsere Aufgabe der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für ein Zusammenwachsen Europas sehr ernst.

Erfreulicherweise können wir mit den neuen INTERREG V A-Programmen ab 2015 auch ganz

erhebliche europäische Mittel für Projekte in unseren Grenzregionen einsetzen.

Die INTERREG A-Programme haben seit ihrem Start in den Neunziger Jahren stets eine wichtige Rolle als finanzieller Impulsgeber bei grenzüberschreitenden Kooperationen gespielt.

Nahezu jede grenzüberschreitende Einrichtung und jede grenzüberschreitende Initiative ist ein INTERREG-Projekt oder ist einmal als solches gestartet.

Und viele Jahre war es so, dass diese Fördertöpfe viel zu schnell ausgeschöpft waren, um all die guten Ideen zu befördern.

Es freut mich daher außerordentlich, dass wir in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 endlich ein Fördervolumen besitzen, das der Grenzregion an Rhein und Bodensee gerecht wird. Die Landesregierung konnte sich in harten Verhandlungen durchsetzen und kann allein 78 Millionen Euro zu den Programmen beisteuern – in der Periode 2007-2013 waren es nur 31,7 Millionen. Insgesamt rund 150 Millionen Euro stellt uns die Europäische Union für die beiden Programme

bereit, hinzukommen mehrere Millionen an Fördermitteln des Schweizer Bundes und der Schweizer Kantone.

Dass die europäische territoriale Zusammenarbeit am Ende eine Mittelsteigerung erfahren hat, verbuche ich auch als Erfolg des gemeinsamen Engagements aller Grenzregionen in Europa.

In der Folge mussten wir die Europäische Kommission auch davon überzeugen, dass die territoriale Zusammenarbeit andere Aufgaben besitzt als die herkömmlichen Investitions- und Strukturfonds. Insbesondere die Förderung zivilgesellschaftlicher Kooperation war sehr umstritten.

Ich freue mich, dass es gelungen ist, der Kommission gerade dieses Zugeständnis abzurufen. Denn das Zusammenwachsen entlang der Grenze kann nicht von oben verordnet werden.

Es wird auch nicht in den Büros der Verwaltungen dies- und jenseits des Rheins erreicht – es kann nur gelingen, wenn wir die Grenzen in den Köpfen abbauen. Das gelingt über das Miteinander von

Menschen, Vereinen, Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftlich organisierten Aktionen.

5. Schluss

Hierzu müssen wir als Politik und Verwaltungen den Menschen, die Möglichkeiten und Einrichtungen bereitstellen, die das grenzübergreifende Leben vereinfachen und aktiv fördern. Es geht um eine Verbesserung der gefühlten Lebensqualität für die Menschen im Grenzraum.

Dazu gehören als ein ganz wichtiger Aspekt auch die öffentlichen Leistungen, die unter den Begriff der Daseinsvorsorge fallen.

Ich denke hier vor allem an Gesundheitseinrichtungen, an die Wasser- und Energieversorgung, an das Rettungswesen – Feuerwehren, Hilfsdienste, Rettungshubschrauber und an den öffentlichen Personennahverkehr. Dinge, die den Alltag der Menschen bestimmen – in Grenzregionen und auch darüber hinaus.

Ich bin davon überzeugt, dass in diesem Bereich noch viel Potenzial und ein großer Bedarf an grenzüberschreitender Kooperation bestehen. In diesem Bereich können alle Seiten – die

Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung,
aber auch die Unternehmen – noch viel stärker von
Europa profitieren.

Ich bin daher sehr dankbar, dass diese Konferenz
dieses Thema aufgreift und dass Sie alle nach
Berlin gekommen sind, um zwei Tage lang über die
Möglichkeiten und Hemmnisse
grenzüberschreitender kommunaler
Daseinsvorsorge zu diskutieren.

Ich wünsche Ihnen noch einen interessanten und
ergebnisreichen zweiten Konferenztag und einen
guten Austausch!